

Die Lebensmittelsteuerung.

O Dresden, 26. Oktbr. (Priv.-Tel., zers. Frlst.) Der Gesamtvorstand des nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen richtet an den Reichskanzler das dringende Ersuchen, ohne Verzug Maßnahmen zu veranlassen, um der für fast alle Kreise der Bevölkerung unerträglichen Teuerung der Lebensmittel ein Ende zu machen. Es heißt in der Eingabe:

Der Gesamtvorstand fordert insbesondere, daß für das ganze Reich sofort erträgliche Höchstpreise festgesetzt werden, für die als Grundlage nicht die jetzigen, durch einzigartige Verhältnisse geschaffenen Preise genommen werden dürfen, sondern für die als Grundlage die Aufrechterhaltung einer angemessenen Lebensführung des Volkes zu dienen hat. Zur Ermöglichung solcher Preise muß eine staatliche Überwachung oder eine staatliche Übernahme der Lebensmittel aus dem neutralen Auslande erfolgen. Die Höhe der Auslandspreise darf keinesfalls die Höhe der Inlandspreise bestimmen, ebensowenig darf die Höhe der Preise für Butter zur Schmälerung des Milchangebots führen. Der Gesamtvorstand weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß dem Bundesrat auf Grund der ihm übertragenen Vollmachten des Reichstages die Pflicht obliegt, in dieser Frage handelnd einzugreifen. Wir sind der Überzeugung, daß der allgemeinen Wehrpflicht des Volkes und den ungeheuren Blutopfern die Pflicht des Reiches gegenübersteht, die Daheimgebliebenen und Hinterbliebenen davor zu schützen, daß sie in ihrer Ernährung Schaden erleiden. Wir halten uns für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die größte Gefahr für unsere inneren Verhältnisse und für die Auffassung des Auslandes von unserer Kraft zum Durchhalten besteht, wenn nicht sofort Maßnahmen in dieser wichtigsten inneren Lebensfrage erfolgen.